

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union hält **Dienstag, den 12. März 2013, um 15 Uhr** im Lokal IV Sitzung.

TAGESORDNUNG

- 1.) COM(2012) 727 final
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Junge Menschen in Beschäftigung bringen
(100772/EU XXIV.GP)

- 2.) COM(2013) 83 final
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt – einschließlich Durchführung des Europäischen Sozialfonds 2014-2020
(107014/EU XXIV.GP)

- 3.) C(2013) 778 final
Empfehlung der Kommission vom 20.2.2013/Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen
(107016/EU XXIV.GP)

- 4.) COM(2012) 614 final
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen
(97955/EU XXIV.GP)

5.) COM(2012) 617 final

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen
(95529/EU XXIV.GP)

Wien, 2013 03 08

Fritz Neugebauer
Obmann

Aviso

Es ist in Aussicht genommen, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 unter einem zu verhandeln.

Für die Behandlung der Tagesordnung ist ein Zeitraum von 1 ½ Europastunden vereinbart.

Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird dem Ausschuss zur Verfügung stehen.

Außerdem ist beabsichtigt, diese Sitzung bis längstens 17 Uhr abzuhalten.

Weitere Sitzungen des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union sind für **Dienstag, den 9. April 2013**, **Dienstag, den 14. Mai 2013**, **Dienstag, den 18. Juni 2013** und **Montag, den 1. Juli 2013** (Reserve für dringende Subsidiaritätsprüfungen) vorgesehen.